



Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rathaus
An die
lokalen Medien

11.08.05

Die Zukunft des U-Turms

Presseerklärung

Der neue Städtebauminister Wittke ist außerordentliche bemüht, Parteifreund Hengstenberg die nötigen Vorlagen für dessen ebenso vehemente wie unverständliche Ablehnung einer städtebaulichen Integration des U-Turmes als herausragendes Dortmunder Wahrzeichen zu präsentieren. Dazu stellt Fraktionssprecher Mario Krüger fest: „Selbstverständlich muss die landesseitige finanzielle Förderung im Hinblick auf sonstige Landesprojekte und die Knappheit finanzieller Ressourcen genau geprüft und abgewogen werden. Eine solche Prüfung konnte bis zum heutigen Zeitpunkt noch nicht erfolgen. Insofern kann die kategorische Ablehnung des Projektes nur als politische Machtdemonstration der Dortmunder CDU verstanden werden.“

Letzteres wird auch durch die Einlassungen des Herrn Hengstenberg deutlich, der weit vorausschauend ankündigt, er ließe sich die Zustimmung zum Dortmunder nicht durch das Dezernat Fehlemann „abkaufen“. Dazu lässt sich aus Sicht von BÜNDNIS/GRÜNEN nur feststellen, dass wir Herrn Hengstenberg keineswegs ein solches Angebot unterbreiten würden. Wir mussten im Übrigen auch keinesfalls Begeisterung für den U-Turm heucheln oder das Bahnhofsprojekt feiern, um das Umweltdezernat besetzen zu können. Im Gegenteil: Wir haben seit jeher dafür plädiert, den Turm zu erhalten, das Gelände rund um den Turm hochwertig zu gestalten und damit ein städtebaulich herausragendes city-nahes Projekt zu realisieren. Herr Hengstenbergs Polemik ist ebenso unangebracht wie bar jeden Wahrheitsgehaltes.

Dazu Fraktionssprecher Mario Krüger: „Vorrangig ist für uns die qualitätsvolle Entwicklung des Quartiers. Was den Turm angeht, so geht es zunächst darum, das Denkmal zu erhalten und die Sanierung der Außenhaut vorzunehmen. Uns ist klar, dass die Finanzierung der entsprechenden Arbeiten sowie die Herrichtung des Turms für konkrete Nutzungen auf soliden Füßen stehen muss. Wie das aussehen kann, muss nach der Ermittlung der genauen Kosten erfolgen. Hierzu bedarf es der Einleitung eines Architektenwettbewerbs, der Erarbeitung eines Betriebkonzeptes, der Klärung der angedachten Nutzungsverlagerungen sowie der Verwertung der gegebenenfalls aufzugebenden Liegenschaften. Eine Ablehnung eines auf dieser Grundlage gestellten Förderantrages durch die neue Landesregierung wird –



Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rathaus

auch im Hinblick auf einen möglichen Standort für die Stiftung preußischer Kulturbesitz – nur schwer zu vermitteln sein.

Mit der Entscheidung über die Restaurierung des Turms werden darüber hinaus die Weichen gestellt, ob hier ein unansehnliches zweitklassiges Discounterparadies entsteht oder ein anspruchsvolles Nebeneinander von Kultur, Einkaufen und Büronutzung und damit eine städtebauliche Aufwertung des U-Viertels erfolgt.“